



## **Öffentliche Sitzung:**

Vorsitzende Frau Weißenfeld begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zu dieser Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest. Es gibt keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

### **Zu Punkt 1      Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 27. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 05.04.2017**

Der Jugendhilfeausschuss fasst den

#### **Beschluss:**

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 05.04.2017 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

---

### **Zu Punkt 2      Mitteilungen**

#### **Zu Punkt 2.1      Förderung von einem weiteren Familienzentrum über ein zusätzliches Kontingent**

Vorsitzende Frau Weißenfeld verweist auf die schriftlich vorliegende Mitteilung.

---

#### **Zu Punkt 2.2      Haushaltsberatungen**

Aufgrund des Vorschlags von Herrn Epp wird für die Haushaltsberatungen folgender Ablauf vereinbart:

14.06.2017    1. Lesung

05.07.2017    - Vorberatung im Unterausschuss (Beginn: 16.00 Uhr)  
                  - 2. Lesung in der sich anschließenden Sondersitzung des  
                  JHA (Beginn: 17.00 Uhr)

Da für die Sitzung am 14.06.2017 zahlreiche Themen für die Beratung vorgesehen sind, wird vereinbart, für die Sondersitzung am 05.07.2017 über die 2. Lesung des Haushaltes hinaus zusätzliche Themen auf die

Tagesordnung zu setzen.

-.-.-

**Zu Punkt 2.3**      **U 18-Landtagswahl in NRW**

Frau Häckel berichtet von der U 18-Landtagswahl in NRW. Über 35.000 Kinder und Jugendliche haben an der Wahl am 05.05.2017 teilgenommen.

-.-.-

**Zu Punkt 3**      **Anfragen**

Anfragen liegen nicht vor.

-.-.-

**Zu Punkt 4**      **Anträge**

Anträge liegen nicht vor.

-.-.-

**Zu Punkt 5**      **Planungs- und Umsetzungsstand der neuen Kita-Standorte in Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4746/2014-2020

Herr Hanke gibt eine kurze Einführung zur Vorlage.

Herr Langeworth bezieht sich auf seine umfangreichen Ausführungen in der Sitzung am 10.03.2017. Bereits dort habe er darauf hingewiesen, dass eine Erhöhung der Gruppenplätze kritisch gesehen werde und dies nur ein vorübergehender Zustand sein könne. Neben der Notwendigkeit, neue Kitas zu errichten, sei es ebenso wichtig, bestehende Einrichtungen zu erweitern. Hierzu bittet er die Verwaltung um eine Aussage.

Beigeordneter Herr Nürnberger führt aus, dass die freien Träger bereits 2015 gebeten wurden zu überprüfen, ob und inwieweit Erweiterungsmöglichkeiten in den Einrichtungen bestehen. Auch die städtischen Einrichtungen seien dahingehend überprüft worden.

Eine zusätzliche Belegung der Kitas sieht er auch als eine nur

vorübergehende Lösung an. Zurzeit gebe es allerdings keine Alternative. Die beteiligten Stellen arbeiten mit Nachdruck daran, den Neubau von Kitas schnellstmöglich umzusetzen mit dem Ziel der Eröffnung der ersten Kitas im Jahr 2018. Somit dürften im Kita-Jahr 2018/2019 erste Erleichterungen spürbar werden.

Zu der Frage der baulichen Erweiterung informiert Herr Epp, dass bei der Prüfung auf Erweiterungsmöglichkeiten folgende drei Aspekte berücksichtigt wurden:

- neue Grundstücke für neue Kitas
- umnutzbare Gebäude
- bauliche Erweiterung

Bei den umnutzbaren Gebäuden und bei den baulichen Erweiterungen/Aufstockungen sei zu beachten, dass die Mittel aus den Investitionsförderprogrammen pro Platz begrenzt sind. Somit muss ein Umbau bzw. eine Erweiterung aus diesen Mitteln finanzierbar sein.

Herr Bolte äußert sich skeptisch zu der Erhöhung der Regelgruppenplätze. Seine Frage, welche Art von Gebäuden an den Standorten entstehen soll, beantwortet Beigeordneter Herr Nürnberger dahingehend, dass durchaus unterschiedliche Gebäudetypen vorgesehen seien.

Frau Brinkmann fragt nach, inwieweit bei der Planung die Unterbringung von Integrationskindern, insbesondere auch im Rahmen des Familiennachzuges, Berücksichtigung findet.

Herr Hanke erläutert, dass eine bestimmte Anzahl an Gruppen bewusst klein gehalten werde, um die Unterbringung von Integrationskindern sicherzustellen. Nur ca. 1/3 der Gruppen seien von zusätzlichen Belegungen betroffen, so dass ca. 2/3 der Gruppen für Integrationskinder zur Verfügung stehen.

Frau Eberlein befürchtet aufgrund der langen Planungszeiten unter Umständen mehrjährige Überbelegungen. Dies werde aus fachlicher Sicht kritisch gesehen. Bei den Trägern, die auch für überbelegte Plätze einen Trägeranteil entrichten, führe dies zu erheblichen finanziellen Belastungen. Insofern müssen die Überbelegungen mit den jeweiligen Trägern abgestimmt werden.

Beigeordneter Herr Nürnberger führt hierzu aus, dass sich bereits 4 Träger bereit erklärt hätten, die neuen Kitas zu betreiben.

Herr Langeworth kann die Aussage der Verwaltung, in Bielefeld-Mitte bestehe kein Bedarf, nicht nachvollziehen. Seiner Auffassung nach bestehe eine hohe Nachfrage für diesen Stadtbezirk. Er sieht es daher nach wie vor als sehr wichtig an, über Erweiterungen bestehender Einrichtungen nachzudenken.

Herr Hanke entgegnet, dass die Versorgungsquote im Stadtbezirk Mitte mit 42,2 % U 3 und 106,2 % Ü 3 überdurchschnittlich sei. Die aktuell erhöhte Nachfrage für den Stadtbezirk Mitte resultiere aus den Wünschen von Eltern aus den Außenbezirken mit einer unterdurchschnittlichen Versorgung, so dass vorrangig dort eine Verbesserung der Angebote anzustreben sei.

Auch Frau Stillger habe aus Rückmeldungen entnommen, dass die

Angebote im Stadtbezirk Mitte für die unter 3 Jährigen nicht ausreichend seien. Insofern bittet sie zu hinterfragen, ob eine Versorgungsquote von 42,2 % tatsächlich ausreichend sei.

Frau Brinkmann bringt nochmals ihre Sorge um die Gruppengröße zum Ausdruck. Die Überbelegungen dürften nur ein vorübergehender Zustand sein.

Vorsitzende Frau Weißenfeld bittet die Verwaltung, falls ein Bedarf einer 2. Kita in Quelle bestehe, auch den Standort Grundschule zu prüfen. Hier benötige die OGS dringend Räume und man könnte überlegen - ähnlich wie an der Diesterwegschule - eine räumliche und inhaltliche Verbindung von Grundschule, OGS und Kita herzustellen.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

## **Zu Punkt 6**

### **Strategiekonzept Wissenschaftsstadt Bielefeld – Maßnahme 2.06 Kita Campus Nord**

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4652/2014-2020

Auf Nachfrage von Frau Hennke erläutert Beigeordneter Herr Nürnberger den Hintergrund für die Notwendigkeit dieses Beschlusses.

Frau Brinkmann bittet diese Vorlage in der Bezirksvertretung Dornberg zur Kenntnis zu geben.

Der Jugendhilfeausschuss fasst den

#### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss begrüßt die Handlungsempfehlung zur Errichtung einer Kita Campus Nord und bittet den Rat, die Verwaltung im Zusammenwirken mit den anderen Beteiligten aufzufordern, die Voraussetzungen dafür zu schaffen.

dafür 11 Stimmen

dagegen ./.

Enthaltungen 3 Stimmen

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

## **Zu Punkt 7**

### **Bericht über die Inanspruchnahme des Familienbüros und des Familienportals 2015 und 2016**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4655/2014-2020

Frau Stillger weist auf einen zu korrigierenden Begriff hin:

Auf Seite 6 Ziffer 4 Punkt 6 der Anlage ist das Wort „Freiwilligenagentur“ durch „AWO Freiwilligenakademie OWL“ zu ersetzen.

Vorsitzende Frau Weißenfeld hebt die hohe Anzahl an Kontakten zu den Themenschwerpunkten Tagesbetreuung Kita und Tagespflege hervor. Bemerkenswert sei auch der Anstieg der Kontaktaufnahmen per Mail oder Post.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

**Zu Punkt 8**

**Errichtung und Betrieb einer 5. städtischen  
Erziehungshilfeeinrichtung**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4703/2014-2020

Beigeordneter Herr Nürnberger weist darauf hin, dass die Verwaltung mit der geplanten Errichtung einer 5. städtischen Erziehungshilfeeinrichtung auf die veränderten, gestiegenen Bedarfe reagiere und dies zu einer Entlastung bei den bestehenden Einrichtungen führen soll. Diese Einrichtung sei für die Unterbringung von Jugendlichen mit besonders hohem Versorgungs- und Betreuungsbedarf vorgesehen. Er macht deutlich, dass die zusätzlichen Plätze benötigt werden, damit die Stadt ihrem gesetzlichen Auftrag auf Inobhutnahme und Unterbringung der Jugendlichen nachkommen kann. Insofern werde die Belegung und auch die Vermittlung in Nachfolgeangebote ausschließlich über die fallzuständige Fachkraft des Geschäftsbereichs Erzieherische Hilfen im Jugendamt erfolgen.

Im Anschluss erläutert Herr Epp die Details des Konzeptes.

Frau Obasohan und Frau Stillger ziehen in Zweifel, ob die als Bestandteil des Konzeptes vorgesehene Dauer des Clearings von maximal 12 Monaten ausreichend sei. Die Jugendlichen würden den Wechsel in Nachfolgeangebote wiederum als einen Beziehungsabbruch erleben. Das Konzept sei dahingehend nochmals zu überdenken und zur weiteren Beratung in die AG nach § 78 SGB VIII zu geben. Zu klären sei darüber hinaus die Frage, inwieweit die freien Träger eingebunden werden können.

Auf Nachfrage von Frau Brinkmann erläutert Beigeordneter Herr Nürnberger die budgetneutrale Finanzierung des Betriebs der 5. Einrichtung durch Minderaufwendungen in der Wirtschaftlichen Jugendhilfe.

Frau Gorsler zeigt sich erfreut über das Vorhaben zur Errichtung einer

weiteren Einrichtung. Damit würde eine Lücke geschlossen, die im Auffangsystem für Jugendliche entstanden sei. Vor dem Hintergrund eines häufig fortlaufenden Hilfebedarfs dieser Zielgruppe sei es besonders wichtig, so früh wie möglich zu intervenieren und eine möglichst kontinuierliche Betreuung mit einem ausreichend hohen Personalschlüssel vorzuhalten.

Frau Hopster hält die weitere fachliche Erörterung des Konzeptes in der AG nach § 78 SGB VIII für dringend geboten. Sie fragt nach, inwieweit die freien Träger in dieses Konzept einbezogen werden sollen.

Herr Epp sichert zu, dass die weitere Beratung des Konzeptes sowohl in die AG nach § 78 SGB VIII wie auch in den Fachbeirat für Mädchenarbeit eingebracht werde.

Der Umfang der Personalausstattung mit 11 Stellen sei bei dieser Art des Konzeptes eine Vorgabe des Landesjugendamtes.

Zur Einbindung der freien Träger führt er aus, dass hinsichtlich von Nachfolgeangeboten im Anschluss an den Aufenthalt in dieser Einrichtung Gespräche und Verhandlungen mit den Trägern zu führen seien.

Frau Stillger betont nochmals, von äußerster Wichtigkeit sei ein verlässliches, dauerhaftes Angebot für diese Zielgruppe. Bei der Unterbringung sei eine effektive räumliche Trennung von Mädchen und Jungen zwingend erforderlich.

Sie würde es sehr begrüßen, wenn das Personal unabhängig von der jeweiligen Belegung ständig vorgehalten würde.

Herr Bolte schließt sich den Ausführungen von Frau Stillger und Frau Hopster dahingehend an, die Träger möglichst zeitnah in die Weiterentwicklung des Konzeptes einzubeziehen.

Vorsitzende Frau Weißenfeld fasst die vorangegangene Diskussion insoweit zusammen, als es keine Beiträge gegeben habe, die gegen die Errichtung einer weiteren Erziehungshilfeeinrichtung sprechen. Die Verwaltung werde insbesondere die genannten Punkte unter Beteiligung der freien Träger prüfen.

Frau Brinkmann signalisiert Zustimmung vor dem Hintergrund, dass nur über die Errichtung und den Betrieb der Einrichtung, nicht aber über das Konzept im Detail entschieden werden soll.

Frau Hennke spricht sich dafür aus, die Einrichtung unter städtischer Trägerschaft zu betreiben.

Der Jugendhilfeausschuss fasst den

### **Beschluss:**

1. Die Stadt Bielefeld errichtet und betreibt eine 5. städtische Erziehungshilfeeinrichtung mit einem niedrighschwelligem stationären Intensivangebot.
2. Die notwendigen Investitionen für die Herstellung der Einrichtung sind durch die Verwendung der Mittel aus dem Nachlass der Frau Ingrid

- Feuchert zu finanzieren.
3. Der Personalbedarf für den Betrieb der Einrichtung (11,0 Planstellen sowie 2,0 Berufspraktikanten) wird anerkannt. Die Verwaltung wird aufgefordert, diesen Bedarf im Rahmen der Etatberatungen für den Haushaltsplan 2018 einzubringen.
  4. Die Personal- und Sachkosten für den Betrieb der Einrichtung sind im Rahmen der Etatberatungen für den Haushaltsplan 2018 budgetneutral durch Minderaufwand in der Produktgruppe 11 06 02 Förderung von Familien darzustellen.

dafür 9 Stimmen

dagegen ./.

Enthaltungen 5 Stimmen

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen--

---

## **Zu Punkt 9**

### **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Herr Epp kündigt für die nächsten Sitzungen u.a. folgende Themen an:

#### 14.06.2017

- Haushalt und Stellenplan 1. Lesung
- Gesamtkonzeption kulturelle Bildung
- OKJA Gemeindeverband Brackwede
- Little Bird 2.0
- Umsetzung Handlungskonzept zur Aufnahme von Flüchtlingen
- Sports4Kids

#### 05.07.2017

- Projekt Wegweiser
- Lokales Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus
- Jugendberufsagentur
- Haushalt und Stellenplan 2. Lesung

---

Bielefeld, den 10.05.2017



---

Weißefeld  
(Vorsitzende)

---

Flachmann  
(Schriftführer)